

**Antrag auf Gewährung einer Zuwendung
für Gebietskörperschaften
(außer Baumaßnahmen)**

An das
Ministerium für Bildung und Kultur
Referat G3
Trierer Straße 33
66111 Saarbrücken

1. Antragstellerin / Antragsteller

Name / Bezeichnung _____

Anschrift _____
(Straße/PLZ/Ort)

Ansprechpartner _____
(Name/Telefon/Durchwahl/Fax)

Bankverbindung _____
(IBAN/BIC/Bezeichnung des Kreditinstituts)

2. Investitionsort

3. Maßnahme

(Bezeichnung der Maßnahme)

Beschreibung des Vorhabens, der mit ihm verfolgten Ziele und der an das Vorhaben geknüpften Erwartungen
- Ggf. Beiblatt benutzen -

Voraussichtlicher Beginn: _____

Voraussichtliches Ende: _____

4. Finanzierungsplan

- a) Die Gesamtkosten werden sich voraussichtlich auf _____ EUR belaufen. Hierzu sind Kostenvoranschläge und Angebote als Anlage beigefügt.

Angaben zu den Ausgaben der Maßnahme (ggf. Beiblatt benutzen):

Ausgabenart	Betrag €

- b) Die Gesamtkosten sollen im Einzelnen wie folgt finanziert werden:

	Finanzierungsabschnitte		
	20__	20__	20__
Eigenmittel	EUR	EUR	EUR
Leistungen Dritter (insg.):	EUR	EUR	EUR
davon:	EUR	EUR	EUR
	EUR	EUR	EUR
	EUR	EUR	EUR
	EUR	EUR	EUR
Beantragte Zuwendung	EUR	EUR	EUR
Summe	EUR	EUR	EUR

- Die Finanzierung der Maßnahme ist nur dann gesichert, wenn die beantragte Landeszuwendung, bzw. eine Landeszuwendung in Höhe von: _____ EUR gewährt wird.

5. Zusätzliche Angaben

Entstehen Folgekosten durch die Umsetzung der Maßnahme?

- ja nein

Wenn ja in welcher Höhe:

Ausgabenart	Betrag € (ggf. Schätzwerte)

Wie werden die Folgekosten gedeckt?

Wurden bereits früher Mittel für die beantragte Maßnahme gewährt?

ja nein

Wenn ja durch wen und in welcher Höhe:

6. Stellungnahme der Kommunalaufsichtsbehörde gemäß Nr. 3.4 VV-P-GK

Beträgt die beantragte bzw. zu gewährende Zuwendung über 50.000 Euro?

ja nein

Wenn ja: Das Ergebnis der Prüfung ist als Stellungnahme dem Antrag beizufügen.

7. Erklärungen

- a) Die Fördermittel werden ausschließlich zur Finanzierung der beschriebenen Maßnahmen verwandt.
- b) Die Antragstellerin oder der Antragsteller erklärt, dass mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch nicht vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheids bzw. vor der etwaigen Genehmigung des vorzeitigen Beginns begonnen wird.
Als Beginn der Maßnahme gilt grundsätzlich der Beginn der Arbeiten bzw. der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages.
- c) Die Antragstellerin oder der Antragsteller erklärt, dass ihr / ihm bekannt ist, dass von den Angaben dieses Antrags die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängen. Sie sind damit subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches. Unrichtige Angaben können als Subventionsbetrug bestraft werden. Dies gilt auch für im Rahmen des Ver-

wendungsnachweises vorzulegende Rechnungen und Verträge sowie die Verletzung von Mitteilungspflichten. Die Antragstellerin oder der Antragsteller versichert daher, alle Angaben vollständig und wahrheitsgetreu gemacht zu haben, - dass ihr / ihm bekannt ist, dass für die Bewilligung und das Bewilligungsverfahren die VV zu§ 44 LHO einschl. Anlagen gelten und er/sie diese anerkennt.

d) Die Antragstellerin oder der Antragsteller erklärt, dass er für diese Maßnahme zum Vorsteuerabzug nach § 15 UStG

berechtigt

nicht berechtigt ist.

e) Sofern mit dem Vorhaben verbundene Folgekosten entstehen (vgl. Ziffer 5), erklärt die Antragstellerin oder der Antragsteller, dass deren Finanzierung gesichert ist.

8. Anlagen

Dem Antrag sind die folgenden Anlagen beigefügt:

- Kostenvoranschläge oder Angebote
- Mittelzusagen Dritter, soweit unter Ziffer 4 b) angegeben
- Daten zur Haushalts- und Finanzsituation gemäß dem aktuell geltenden Runderlass des Ministeriums für Inneres, Bauen und Sport
- Ggf. Stellungnahme der Kommunalaufsicht

(Ort, Datum)

(rechtsverbindliche Unterschrift)